

Wahlprüfstein DIE LINKE

Bundesverband Dezentraler Ölmühlen und Pflanzenöltechnik e.V.

Remigiusstr. 1

66606 St. Wendel

Wahlprüfstein des Bundesverbandes dezentraler Ölmühlen und Pflanzenöltechnik e.V.

Europäische Biokraftstoffpolitik – Indirekte Landnutzungsänderungen

1. Was werden Sie in Regierungsverantwortung stehend auch auf europäischer Ebene tun, um besonders umweltsensible Bereiche wie bspw. tropische Regenwälder oder kohlenstoffreiche Torfmoore vor Zerstörung zu schützen?

Die Zerstörung von Regenwäldern oder Mooren ist oft auf direkte oder indirekte Landnutzungsänderung im Zusammenhang mit der Produktion von Agrokraftstoffen zurückzuführen. Deshalb setzt sich DIE LINKE für ein Import-Verbot von Rohstoffen zur Agrospritgewinnung und die Beschränkung auf Rohstoffe aus einheimischem Anbau ein. Landwirtschaftliche Flächen sollten zuerst für Nahrungsmittel zur Selbstversorgung und danach für den Anbau von Futtermitteln oder Biomasse genutzt werden, wobei die Erzeugung von Strom und Wärme Vorrang vor Kraftstoffen haben muss.

2. Insbesondere die Palmölplantagen in Südostasien werden ökologisch kritisch bewertet. Gerade einmal 5 % der Erträge gehen in die Biokraftstoffproduktion. Dennoch werden die ökologischen Nachteile dieser Bewirtschaftungsformen vielfach einzig der Biokraftstoffproduktion zugerechnet. Wie stellen Sie sicher, dass diese (Fehl-)Einschätzung künftig in der Diskussion um die Nachhaltigkeit richtig gestellt und "korrigiert" bei entsprechenden politischen Entscheidungen und Vorgaben berücksichtigt wird?

In einer ohnehin sehr angespannten Situation in Bezug auf den Druck, neue Flächen zu erschließen, kommt mit den Agrokraft- und Heizstoffen eine weitere globale Nachfrage oben drauf. Diese – egal ob nach Palmöl oder Bioethanol - halten wir jedoch für destruktiv, da die Klimabilanz dieser importierten Kraft- und Heizstoffe unter dem Strich in der Regel schlechter ist als bei mineralischen Kraft- und Treibstoffen. Überdies drohen wegen direkter und indirekter Verdrängung vielfach Konflikte mit Kleinbauern und indigener Bevölkerung sowie mit dem Schutz der Biodiversität. Die LINKE unterstützt deshalb die Forderung der entwicklungspolitischen NGOs nach einem Importstopp für Agro-Kraft- und Treibstoffe aus dem globalen Süden. Dies vor allem auch deshalb, weil Lösungen gegen die miese Klimabilanz des motorisierten Individualverkehrs nicht in fragwürdigen Agrosprit-Importen liegen, sondern in einer neuen Mobilität, die deutlich weniger auf PKWs und Schwerlasttransporte

auf der Straße, und dafür mehr auf ÖPNV, Bus und Bahn setzt. In einer Übergangszeit kommt selbstverständlich der Verbrauchsminderung bei PKWs eine entscheidende Rolle zu. Aber gerade hier hat die Bundesregierung auf EU-Ebene stets gebremst.

Wir geben Ihnen recht, dass der weitaus größere Anteil an Palmöl für die Nahrungsmittel- und Kosmetikproduktion verwendet wird. Auch hier muss Europa umsteuern und wesentlich mehr heimische Potentiale erschließen. Für den verbliebenen Importanteil müssen Standards erarbeitet und kontrolliert werden. Zudem geben wir zu bedenken, dass auf heimischen Flächen, auf denen ursprünglich Ölpflanzen für Speiseöle angebaut wurden, nun vielfach Energiepflanzen wachsen. Heimischer Energiepflanzenanbau kann also auch zu zusätzlichen Importen führen. Darum sollten Anbau und Verwendungen von Energiepflanzen nur maßvoll geschehen.

3. Nachhaltigkeitszertifizierte Biokraftstoffe dürfen schon heute nicht von sensiblen Habitaten stammen, wenn sie auf die Biokraftstoffquote angerechnet werden sollen. Im Bereich der auf Abfall- oder Reststoffen basierten „fortschrittlichen“ Biokraftstoffe besteht die Gefahr, dass diese bspw. aus gebrauchten Kochölen hergestellt werden, die wiederum aus nicht nachhaltigkeitszertifiziertem Anbau stammen. Wie werden Sie solchen Marktverzerrungen – speziell wenn diese Kraftstoffe auch noch mehrfach angerechnet werden – begegnen?

Ja, die Möglichkeit solcher Prozesse besteht. Die geplante Mehrfachanrechnung wird einen Sog nach Abfall- und Reststoffen erzeugen, was auch problematische Stoffströme zur Folge haben kann. Grundsätzlich stehen wir aber zur Nutzung von Abfall- und Reststoffen – allerdings weniger in „Biokraftstoffen“ als in der Biogas-KWK-Nutzung zur Ablösung von Kohle und Gas.

4. Wie wollen Sie dafür Sorge tragen, dass die von der EU angestrebte verstärkte Selbstversorgung mit heimischen Eiweißfuttermitteln durch die Umsetzung der Richtlinienvorschläge nicht gefährdet wird?

Indem wir uns weiterhin gegen Agrokraftstoffquoten und für eine tatsächliche Verkehrswende aussprechen.

5. Was konkret fordern Sie auf EU-Ebene politisch ein, um das bei der heimischen Eiweißproduktion anfallende Pflanzenöl in entsprechende Verwertungspfade zubringen, bei besonderer Berücksichtigung der energetischen Nutzung?

Pflanzenöle sollten neben der Nutzung als Nahrungsmittel vorrangig in landwirtschaftlichen Nutzfahrzeugen sowie im ÖPNV eingesetzt werden, und zwar im regionalen Kontext. Sie können auch dort sinnvoll zum Einsatz kommen, wo Naturschutzbelange weitgehend unschädliche Kraftstoffe bei der Nutzung von Antriebsmaschinen erfordern – etwa in der Sportschiffahrt oder in Gerätschaften, die in Naturschutzgebieten eingesetzt werden. Unter den Gesichtspunkten des Klimaschutzes und der Energieeffizienz sollte bei der energetischen Verwendung im Strombereich jedoch generell auf nachhaltig und dezentral erzeugtes Biogas gesetzt werden.

6. Was werden Sie unternehmen um die derzeitigen Überlegungen zur Einführung von iLUC-Faktoren zu versachlichen, insbesondere um die wissenschaftliche Basis zu verbreitern und zu verbessern? Und werden Sie sich daher dafür einsetzen, dass politische Entscheidungen solange zurückgestellt werden, bis die fundierte Sachkenntnis ein verantwortungsvolles Vorgehen erlaubt?

Zunächst werden wir nicht eine jahrelange (und lobbygetriebene) wissenschaftliche Debatte abwarten, währenddessen die letzten Tropenwälder abgeholzt und die darin lebenden Menschen vertrieben werden. Dafür haben wir inzwischen mit zu vielen Betroffenen aus dem Globalen Süden gesprochen. Dass es in einem großen Umfang direkte und indirekte Verdrängung gibt, weiß jeder, der es wissen will. Inwieweit sich dies exakt in iLUC-Faktoren abbilden lässt, ist für uns zweitrangig. Denn wir halten ohnehin ein Verbot von Biomasseimporten aus dem globalen Süden für das konsequentere Mittel.

7. Sind Sie grundsätzlich der Auffassung, dass die Höhe des Einsatzes von Biokraftstoffstoffen anhand von validen sozialen, ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien festgelegt werden und diese dann auch verbindlich auf EU-Ebene gleichzeitig für alle Mitgliedstaaten gelten sollen?

DIE LINKE ist grundsätzlich der Auffassung, dass flüssige Agrokraftstoffe aufgrund der großen direkten und indirekten Konflikte mit der Nahrungsmittelproduktion und dem Naturschutz keine Perspektive haben. In Europa darf nicht mehr Biomasse verbraucht werden als hier nachhaltig erzeugt werden kann. Die Nutzung von Pflanzenöl als Kraftstoff ist ausschließlich für den Eigenbedarf der Agrarwirtschaft im regionalen Kontext und von lokalen Busunternehmen sowie aus Gründen des Wasser- und Bodenschutzes auf Gewässern oder in Naturschutzgebieten sinnvoll.

Nationale Biokraftstoffpolitik – Biokraftstoffquote und steuerliche Anreize

8. Sind Sie der Auffassung, dass es sowohl einen Beimischungsmarkt wie auch einen Bio-Reinkraftstoffmarkt geben muss, um Biokraftstoffe optimiert in den Verkehr zu bringen?

DIE LINKE befürwortet die Nutzung von Pflanzenölen als Rein-Kraftstoff in der Agrarwirtschaft unter den bereits skizzierten Bedingungen. Zudem sind wir für die Biomassenutzung, um vor allem über Biogas Strom und Wärme zur Ablösung der klimaschädlichen Kohle zu erzeugen. Für letzteres wollen wir auch die Nutzung von dezentralen Blockheizkraftwerken fördern. Die hohen Beimischungsquoten im Biokraftstoffsektor lehnen wir jedoch ab, denn Agrosprit ist nicht die Lösung der CO₂-Frage im Verkehrssektor. Vorrangig muss Verkehr vermieden, auf umweltfreundlichere Verkehrsträger verlagert und die Effizienz gesteigert werden.

9. Wenn die Biokraftstoffquote das zentrale Förderinstrument auch der künftigen Bundesregierung bleiben soll, wie werden Sie das Design der Biokraftstoffquote kurzfristig entwickeln und umsetzen, um dem reinen Pflanzenölkraftstoff einen Zugang zu dem System und damit auch zu dem derzeit für dezentral erzeugte reine Pflanzenölkraftstoffe nicht stattfindenden Quotenhandel zu ermöglichen?

DIE LINKE hat das Biokraftstoffquotengesetz von Beginn an abgelehnt. Wir setzen auf die steuerliche Begünstigung für den lokalen Einsatz von Pflanzenölen im landwirtschaftlichen Bereich und bei Busunternehmen.

10. Werden Sie die Biokraftstoffquote zeitnah auf mindesten 8 % energetisch erhöhen, wobei doppelt angerechnete Biokraftstoffe nicht inkludiert sind?

Nein. DIE LINKE fordert die Abschaffung der Beimischungsquote.

11. Wie werden Sie die Netto-Treibhausgasquote konkret ausgestalten, um damit reinem Pflanzenölkraftstoff, mit seinem sehr guten Default-Wert (Einsparung von 57 % CO₂eq/MJ im Vergleich zum fossilen Referenzwert) entsprechende Anteile in der Quote zu sichern (bspw. 1 bis 2 Prozentpunkte der geltenden Quote)?

Siehe Antworten auf Frage 9 und 10.

12. Da auch im Rahmen der auf EU-Ebene diskutierten Novellierung der Energiesteuerrichtlinie Steuererleichterungen für Biokraftstoffe vorgesehen sind, besteht weiterhin die Möglichkeit diese auf nationaler Ebene zu realisieren. Der aktuell für reinen Pflanzenölkraftstoff nicht stattfindende Quotenhandel kann nur mit einem flankierenden steuerlichen Anreiz funktionieren. Welche konkreten Anreize werden Sie bspw. im § 50 Energiesteuergesetz hierzu verankern?

Siehe Antworten auf Frage 9 und 10. Konkrete Zahlen haben wir hierzu nicht errechnet.

13. Mit den oben skizzierten Mehreinnahmen aus volumetrisch besteuerten Biokraftstoffen könnte eine „Anschubfinanzierung“ für Biokraftstoffe realisiert werden. Unter Zugrundelegung der Beimischungsgrenzen von 2011 könnten somit rund 1,2 Millionen Tonnen Biodiesel und Pflanzenölkraftstoff zu einem begünstigten Energiesteuersatz von 0,1 Euro/Liter in Verkehr gebracht werden. Der Staatshaushalt würde dadurch im Vergleich zur ausschließlichen Nutzung fossiler Kraftstoffe nicht belastet werden. Alternativ zu diesem Verfahren könnte auch eine energiesteuerbefreite Sockelmenge von rd. 400.000 Tonnen festgesetzt werden. Werden Sie eine der beiden Varianten direkt umsetzen? Welche Variante präferieren Sie?

Zu ihrem Vorschlag gibt es in unserer Partei und in der Bundestagsfraktion noch keine Position.

14. Die derzeit im § 57 festgeschriebene Steuerbegünstigung für die Verwendung von Biokraftstoffen in der Land- und Forstwirtschaft hat zwei wesentliche Nachteile: Zunächst muss der Kraftstoff versteuert werden. Im Folgejahr wird diese entrichtete Energiesteuer auf Antrag wieder zurückerstattet. Dies bedeutet eine enorme Belastung der betrieblichen Liquidität zum einen und einen hohen bürokratischen Aufwand zum anderen. Daher macht es durchaus Sinn, reine Pflanzenölkraftstoffe in der Land- und Forstwirtschaft steuerfrei zu stellen. Werden Sie dies unverzüglich nach der Regierungsbildung umsetzen?

Zu ihrem Vorschlag gibt es in unserer Partei und in der Bundestagsfraktion noch keine Position.

15. Darüber hinaus gilt sicherzustellen, dass die Umsatzsteuer für reinen Pflanzenölkraftstoff bei dem derzeit gem. Umsatzsteuergesetz geltenden Satz von 7 % bestehen bleibt. Werden Sie das durchsetzen?

Zu ihrem Vorschlag gibt es in unserer Partei und in der Bundestagsfraktion noch keine Position.

Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie für Deutschland

16. Der Deutsche Bauernverband und die Union zur Förderung von Oel- und Proteinpflanzen haben gemeinsam mit dem BDOel ein Initiativpapier zur Einführung eines Marktanzreizprogrammes für den Einsatz von Biokraftstoffen im land- und forstwirtschaftlichen Bereich verfasst. Dieses sieht vor, im Laufe von fünf Jahren die Anschaffung oder Ertüchtigung von 10.000 land- und forstwirtschaftlichen Maschinen, die mit Biokraftstoffen betrieben werden, zu fördern. Werden Sie diese Initiative direkt nach der Wahl aufgreifen und das Programm starten?

DIE LINKE setzt sich seit Langem dafür ein, dass reine Pflanzenöle vermehrt in der Land- und Forstwirtschaft, sowie im regionalen ÖPNV genutzt werden. Wichtig ist uns hierbei, dass diese nicht nur regional verbraucht, sondern auch regional erzeugt und ihre Erzeugung in eine nachhaltige Landnutzung integriert werden. Das Marktanzreizprogramm sollte aus der schrittweisen Absenkung und mittelfristigen Streichung der Agrardieselsteuerrückerstattung finanziert werden. Reines Pflanzenöl soll den fossilen Agrardiesel ablösen.

17. So sehr die auf breite Akzeptanz stoßende land- und forstwirtschaftliche Verwendung von Pflanzenölkraftstoff plausibel ist, ist jedoch auch festzustellen, dass ebenso Verwertungspfade im on-road-Bereich – speziell im schweren Nutzfahrzeugbereich – ihre Berechtigung haben. Daher müssen zusätzlich zum off-road-Bereich auch im on-road-Bereich ad hoc-Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden. Nur dadurch lässt sich ein nennenswerter Absatz generieren, der die Sicherung der bestehenden Infrastruktur (Ölmühlen, Tankstellen, technische Entwicklung, Wartung und technischer Betrieb...) gewährleisten kann. Welche konkreten Maßnahmen leiten Sie direkt nach der Wahl ein, um diese Potenziale zu heben und um die bestehende Infrastruktur zu sichern?

DIE LINKE spricht sich für die Nutzung biogener Kraftstoffe im ÖPNV aus. Eine darüber hinausgehende Nutzung lehnen wir ab. Die Bereitstellung der notwendigen Rohstoffmengen wäre bei weitergehendem Pflanzenölverbrauch ohne Importe nicht zu leisten. Bei einem regionalen Bezug ist aus unserer Sicht bei gleichzeitig hoher Eigenversorgung der Landmaschinenflotte nur die Sicherung der ÖPNV-Infrastruktur zusätzlich zu gewährleisten.

18. Planen Sie im Rahmen der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie Image- und Akzeptanz bildende Maßnahmen für Biokraftstoffe?

Um die Akzeptanz biogener Kraftstoffe in der Land- und Forstwirtschaft zu steigern, sind entsprechende flankierende Maßnahmen notwendig. Die energetische Selbstversorgung der Land- und Forstwirtschaft ist ökologisch sinnvoll und leistet einen positiven Beitrag zum Klimaschutz. Das muss öffentlich kommuniziert werden. Auch die Reduzierung der Agrardieselsteuerrückerstattung braucht eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit. Beide Anliegen können miteinander kombiniert und sollten offensiv von der zukünftigen Bundesregierung voran gebracht werden.

19. Werden Sie sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass ein analoger Prozess auch dort möglichst rasch gestartet wird?

Ja. Auch auf EU-Ebene ist eine Umstellung auf regional erzeugte und regional verbrauchte Pflanzenöle in der land- und forstwirtschaftlichen Maschinenflotte notwendig. Pflanzenöle stellen europaweit eine sinnvolle und umweltverträgliche Alternative zu den fossilen Energieträgern dar. Hierbei muss es einen schrittweisen Ausstieg geben, denn ein sofortiger Ersatz scheint nicht machbar zu sein.

Eiweißversorgung

20. Wie lösen Sie den Widerspruch auf, dass einerseits die Selbstversorgung mit heimischem Eiweiß ausgebaut werden soll, man andererseits aber den Einsatz von Pflanzenölkraftstoffen (wie auf EU Ebene) eindämmen will?

DIE LINKE möchte die einheimische Verwendung von Eiweißfuttermitteln und den Anbau von eiweißliefernden Pflanzen fördern. Seriöse agrarpolitisch ausgerichtete Vorschläge zur Förderung des Eiweißpflanzenbaus wurden zum Ende der vergangenen Legislaturperiode von der Deutschen Agrarforschungs-Allianz (DAFA) vorgelegt. Sie werden von der LINKEN unterstützt. Darüber hinaus fällt mit dem Ölpflanzenanbau in Deutschland und Europa eiweißhaltiges Futter an, das einen Beitrag zur Deckung der Eiweißlücke schließen kann. Allerdings stößt aus unserer Sicht der Ölpflanzenanbau bereits heute flächenmäßig an seine Grenzen. Den Import von Eiweißfuttermitteln oder Energiepflanzen oder ihren Produkten hält DIE LINKE für die falsche Strategie und angesichts der ökologischen und sozialen Folgeprobleme in anderen Teilen der Welt für nicht verantwortbar. Deshalb ist aus Sicht der LINKEN die Eigenversorgung dringend geboten. Um das zu erreichen, muss insbesondere die (nicht gentechnische) Pflanzenzucht vorangebracht werden.

21. Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie im Kontext der Eiweißstrategie für die Absatzsteigerung im Kraftstoffbereich vor und wie und wann wollen Sie diese umsetzen?

DIE LINKE hat die Beimischung von Agrokraftstoffen in fossile Treibstoffe immer abgelehnt. Wir möchten ihre Nutzung auf die land- und forstwirtschaftliche Maschinenflotte und den regionalen ÖPNV beschränken. Aus einer ökologisch verträglichen Eigenerzeugung heraus ist keine weitere Versorgung zu leisten. Daher werden wir keine konkreten Maßnahmen vorschlagen, die über diesen Anwendungsbereich hinausgehen.

22. Welche weiteren Verwertungspfade im Kontext der Eiweißstrategie sehen Sie für die anfallenden Pflanzenöle und mit welchen Maßnahmen werden Sie

diese wann ebnen?

Mit dem Verzicht auf EU- Importe von Pflanzenölen und einer Eigenverbrauchsorientierung im Agrarsektor wird es aus unserer Sicht keinen nennenswerten Bedarf an weiteren Verwertungspfaden geben. Daher erübrigt sich die Entwicklung weiterer Maßnahmen zu Verwendung der Nebenprodukte.

23. Werden Sie die Eiweißstrategie des BMELV fortführen und insbesondere um weitere Ölsaaten wie bspw. Soja oder Leindotter ergänzen?

Die bislang hauptsächlich angebaute Ölpflanze in Deutschland ist mit großem Abstand der Winterraps. Den Anbau weiterer Ölpflanzen, die neben dem Pflanzenöl Eiweißfutter liefern, agrarpolitisch zu fördern, hält die LINKE vor allem aus agrarökologischer (Boden, Bienen) Perspektive für sinnvoll. Mögliche Maßnahmen dazu sollten im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) umgesetzt werden. Ohne eine agrarpolitisch gesetzte Unterstützung werden Alternativen zum Raps durch den hohen züchterischen Abstand ökonomisch kaum eine Chance haben, Fruchtfolgeanteile zu gewinnen.

Kraft-Wärme-Kopplung

24. Werden Sie Pflanzenöl taugliche BHKW bei der Novellierung des EEG berücksichtigen und für welche Einsatzbereiche werden dann welche Leistungsklassen unter welchen Umständen als förderungswürdig bewertet?

Bei Reformen des EEG wollen wir stärker auf naturverträgliche Substrate und Reststoffe aus Biomasse fokussieren als auf konventionelle Energiepflanzen. Insofern stehen wir einer Ausweitung der EEG-Förderung im Hinblick auf Pflanzenöl skeptisch gegenüber. Aus unserer Sicht ist es im Grundsatz sinnvoller, den Strommarkt anderen regenerativen Energieträgern zu überlassen: Wind, Sonne, Wasser oder Biogas.

25. Gerade zum Ausgleich der Leistung fluktuierender Stromerzeugungsanlagen können Rapsöl betriebene BHKW optimale Effekte durch die Bereitstellung von Regelenergie bieten. Allerdings werden diese Potenziale derzeit noch nicht ausreichend genutzt, u.a. auch deswegen nicht, weil dies im Bereich der Kleinanlagen mit einem relativ hohen Organisationsaufwand verbunden ist. Welche Maßnahmen werden Sie direkt nach der Wahl ergreifen, um den bestehenden Anlagenbestand zu sichern und die Potenziale optimal einzubinden?

In Verbindung mit Wärmespeichern können viele kleine stromgeführte BHKWs zusammengeschaltet als flexibles virtuelles Kraftwerk fungieren und so die Differenz zum Strombedarf regional ausgleichen. Um den KWK-Stromproduzenten einen Anreiz zur Systemintegration ihrer Anlagen auf dem Strommarkt zu geben, sollte es einen Flexibilitätsbonus für virtuelle Kraftwerke geben, der Deckel für die KWK-Förderung von 750 Millionen aufgehoben und verpflichtende Vorgaben für den Einsatz von KWK geschaffen werden. Allerdings setzen wir hier, wie bereits mehrfach betont, eher auf Gas und Biogas als auf Pflanzenöl.

26. Welche weiteren Einsatzgebiete und Fördermöglichkeiten sehen Sie für den Anlagenbestand und einer möglichen Erweiterung desselben. Was werden Sie konkret dafür tun, um auch diese Verwertungspfade für Pflanzenöl zu öffnen?

Die Förderung von Wärme- und Kältespeichern ist auch ein wichtiges Thema, da die Wärmespeicherung für stromgeführte KWK – trotz besserer CO₂-Gesamtbilanz- im Wettbewerb mit Heizkesseln oft nicht wirtschaftlich ist. Diese CO₂-Bilanz macht BHKWs auch zu einer guten Zwischenlösung, um schnell und preiswert CO₂ im Gebäudesektor einzusparen, da der Einsatz von KWK als Klimaschutzmaßnahme bei alten Häusern sinnvoller scheint als im Rahmen einer energetischen Sanierung funktionstüchtige Gebäudeteile herauszureißen. Es gelten aber auch hier die bereits genannten Einschränkungen.